



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

Positionspapier

des dbb beamtenbund und tarifunion

Demokratie stärken – Zusammenhalt fördern

nebst Anlage

Resolution der dbb bundesfrauenvertretung – beschlossen vom BuVo
im März 2024

Berlin, März 2024





Politische Stabilität, gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit unserer Demokratie sind keine Selbstverständlichkeiten, für sie gilt es fortlaufend einzustehen. Diese Aufgabe obliegt der Bevölkerung und der Regierung gleichermaßen. Seitens der Bürgerinnen und Bürger erfordert die Demokratie Vertrauen und Gestaltungswillen. Die Regierung muss die Aufgaben und Ziele eines demokratischen Rechtsstaats stets neu austarieren – dies ist Stärke und Herausforderung zugleich.

Wir stellen fest:

Der gesellschaftliche Umgang und die Debattenkultur werden zunehmend rauer. Extremistische und demokratiefeindliche Bewegungen und Parteien erhalten in Deutschland und Europa vermehrt Zuspruch. Die Hemmschwelle für körperliche und verbale Gewalt sinkt zunehmend. Hate Speech ist ein allgegenwärtiges, nicht ausschließlich digitales Problem, das den politischen Diskurs vergiftet. Die Zahlen der Straftaten und insbesondere der Gewaltkriminalität nehmen deutlich zu, die politisch motivierte Kriminalität hat ihren bisherigen Höchststand erreicht.

Dem gegenüber steht ein kontinuierlich sinkendes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Institutionen. Eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass der Staat nicht mehr handlungsfähig sei und seine Aufgaben nicht erfüllen könne. Diese Entwicklung ist für den Staat und die Gesellschaft eine zentrale Herausforderung und Belastungsprobe.

Die Akzeptanz des staatlichen Handelns sinkt weiter und äußert sich u. a. in einem nicht hinnehmbaren Ausmaß an Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Die Gewalt gegen die Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates hat schwerwiegende Folgen für die Betroffenen und stellt einen inakzeptablen Angriff auf unsere demokratischen Institutionen und Werte dar.

Wir setzen uns ein!

Die Krisen unserer Zeit und ihre zunehmende Häufung haben zur Polarisierung beigetragen, die Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung sind jedoch nur teilweise in ihnen begründet. Daher verlangen die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Demokratie nach vielfältigen und breit angelegten Anstrengungen. Seitens der Politik wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen und Vorhaben wie das Demokratiefördergesetz geplant, die es zu würdigen gilt. Angesichts des hohen Handlungsbedarfs dürfen sich die Bemühungen jedoch nicht darin erschöpfen.

Als gewerkschaftliche Spitzenorganisation setzt sich der dbb beamtenbund und tarifunion für eine Haltung ein, die sich durch Demokratie, Pluralismus, Vielfalt, Solidarität sowie einen respektvollen Umgang auszeichnet. Er verurteilt jegliche Formen von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus sowie Hass,



Hetze und Gewalt. Die freiheitlich demokratische Grundordnung und das Bekenntnis zu ihr stellen die Handlungsgrundlage der gewerkschaftspolitischen Arbeit und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dar.

Die Stärkung des öffentlichen Dienstes stellt dabei eine zentrale Maßnahme dar, um den Zusammenhalt zu fördern und unsere Demokratie zu stärken. Ein funktionsfähiger und starker öffentlicher Dienst

- ist Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse und in vielfältiger Weise Dienstleister und Multiplikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt,
- steht für die Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ein,
- trägt zu gleichwertigen Lebens-, Arbeits-, Rechts- und Wirtschaftsbedingungen bei,
- hat das Potenzial, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat zurückzugewinnen und unsere Demokratie widerstandsfähiger gestalten und nachhaltig zu stärken.

Die Ursachen der Radikalisierung, verstärkten Gewaltbereitschaft und der gesellschaftlichen Spaltung müssen entschieden bekämpft und unser demokratisches System gesamtgesellschaftlich geschützt werden. Jeder und jede Einzelne trägt die Verantwortung, Haltung zu zeigen und für unsere freiheitlichen demokratischen Werte einzustehen – und zwar jetzt!

Bonn, 01. März 2024

Resolution der dbb frauen gegen Rechtsextremismus und für die Verteidigung von Frauenrechten

1. „Nie wieder ist jetzt.“ Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass die deutsche Geschichte sich nicht wiederholt.
2. Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in Deutschland verabschieden die dbb frauen eine Resolution, die sich klar und eindeutig gegen Rechtsextremismus richtet und für die Verteidigung von Frauenrechten stark macht.
3. Die dbb frauen verurteilen jegliche Formen von Rechtsextremismus, Frauen- und Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sowie jede Ideologie, die Frauenrechte in Frage stellen, die Gleichberechtigung der Geschlechter in Frage stellen oder Geschlechterstereotype fördern. Diese Ideologien stehen im Widerspruch zu den Grundwerten unserer demokratischen Gesellschaft.
4. Die dbb frauen rufen dazu auf, sich entschieden für die Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen und Ideologien einzusetzen. Gemeinsam müssen wir eine solidarische und demokratische Gesellschaft fördern.
5. Wir Frauen im öffentlichen Dienst, unabhängig davon, ob wir Beamtinnen oder Tarifbeschäftigte sind, stehen fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Deshalb rufen wir dazu auf, sich mit uns denen entgegenzustellen, die diese Grundlage unseres Zusammenlebens angreifen.
6. Die dbb frauen stellen heraus, dass die Verteidigung unserer Demokratie unmittelbar mit der Verteidigung von Frauenrechten verbunden ist. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Frauen uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Selbstbestimmung, Arbeitsmöglichkeiten und politischer Teilhabe haben.
7. Die dbb frauen fordern dazu auf, aktiv gegen jede Form von rechtswidriger Gewalt gegen Frauen vorzugehen. Maßnahmen zur Prävention und Unterstützung von Betroffenen müssen gestärkt werden.
8. Die dbb frauen appellieren an alle, insbesondere an die Mitglieder des dbb, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken, um die Grundwerte unserer Demokratie zu schützen und Frauenrechte zu verteidigen. Nur durch Solidarität und entschiedenes Handeln von Politik und Zivilgesellschaft können wir eine freie, gerechte und inklusive demokratische Gesellschaft bewahren und stärken.